

bereitung eines Revanchekrieges des deutschen Imperialismus.

Aber ganz gleich unter welcher Losung, „die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung (ist) in Wirklichkeit die Unterstützung der imperialistischen räuberischen Bourgeoisie...“<sup>11</sup>

In der Haltung zur westdeutschen NATO-Armee kommt wohl am deutlichsten die Gleichschaltung der SPD-Führer mit dem Militarismus und dem klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat zum Ausdruck. „Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht“<sup>11 12 13</sup> sagt Lenin. Die Bonner NATO-Armee, die auf Aggression nach außen vorbereitet und zum Einsatz für den inneren Notstand gedrillt wird, bestätigt das.

Gerade in diesem Programmpunkt werden die Zuspitzung der Widersprüche und die Verschärfung des Drucks der klerikal-militaristischen Kräfte auf die SPD, um sie für den Kriegskurs auszurichten, besonders deutlich. Im Mai 1958 sagte E r l e r auf dem Stuttgarter Parteitag noch:

„Um Irrtümer auszuschließen: Die Wehrpolitik der Regierung Adenauer ist ein untrennbarer Teil ihrer Gesamtpolitik, die wir ablehnen. Sie kann nicht stückweise gebilligt werden.“<sup>12</sup>

Im Oktober 1958 forderte Kriegsminister Strauss von der SPD, die Anerkennung der „Verteidigungspflicht des Staatsbürgers“ einschließlich der Mitarbeit in den NATO-Verbänden offen kundzutun. Kurze Zeit später faßte die SPD-Bundestagsfraktion den Beschluß, der die Mitglieder zum Eintritt in die Bundeswehr auffordert. Darauf ließ Strauss im Regierungsbulletin verkünden: „Es ist zu begrüßen, wenn die SPD sich bemüht, einen besseren Kontakt mit der Bundeswehr herzustellen.“ Dazu gehöre aber „die innere Bereitschaft und Entschlossenheit zur aktiven Landesverteidigung“. Im „Grundsatzprogramm“ ist nun dieses Bekenntnis enthalten. Aber Strauss wäre nicht Strauß, würde er sich zufriedengeben. De-facto-Anerkennung der atomaren Aufrüstung genügt ihm noch nicht — er will die ausdrückliche Anerkennung der atomaren Aufrüstung. Und auch hier fangen die SPD-Führer schon an, einzuschwenken, indem sie das Problem der Atomwaffen zu einer rein taktischen Frage der militärischen Zweckmäßigkeit zu machen suchen. Und in taktischen Fragen ist der Parteivorstand der SPD ja sehr beweglich.

3. Das prinzipielle Einschwenken auf die Positionen des Bonner Staates zeigt sich auch klar am Problem der Demokratie. Die Frage der Demokratie wird vollkommen losgelöst vom Klassenwesen dieses Begriffes gestellt. „Die Demokratie muß die allgemeine Staats- und Lebensform werden“, heißt es im Programm. Alle Lehren der deutschen Geschichte, die die Unvereinbarkeit von Militarismus und Demokratie beweisen, bleiben unberücksichtigt.

Nicht die Frage „Demokratie für wen?“, nicht die Erkenntnis, daß die Herrschaft der Monopolverbände, der Militaristen und Revanchisten Freiheit für die Feinde der Demokratie, die Diktatur gegen das Volk bedeuten, beherrschen dieses Programm. Vielmehr wird ein Trugbild der Demokratie gezeichnet, das Gerade Kautskys von der „reinen Demokratie“ aufgewärmt.

Das Ziel der Bemühungen der rechten SPD-Führer wird in Erlers zitiertem Aufsatz deutlich, in dem die Westzone als „demokratischer Staat“ bezeichnet wird. Die politische Strafjustiz, das KPD-Verbot, das Verbot aller demokratischen Organisationen, der Prozeß gegen das Friedenskomitee, die Nazis in Staat und Verwaltung, die faschistischen Organisationen — all das soll demokratisch sein.

Das Bekenntnis der SPD-Führung zur Bonner Demokratie ist das Bekenntnis zur Diktatur der aggressivsten reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals, die ein klerikal-militaristisches Regime aufgezogen haben. Der als dritter Weg gepriesene „demokratische Sozialismus“ ist in Wahrheit der Weg der klerikal-militaristischen Diktatur. Warum aber prägen die rechten SPD-

Führer einen solchen Demokratie-Begriff? Weil sie durch ihre klassenmäßige Bindung an die Bourgeoisie gegen die Demokratie als Volksmacht und damit gegen die gesetzmäßige Entwicklung der Volksmassen und ihres Bewußtseins sind. Sie sind gegen eine Demokratie im Sinne der aktiven Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Massen selbst. Die von ihnen gepriesene „Demokratie für alle“ soll den Prozeß der Entfaltung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte aufhalten. Das ist auch die Ursache dafür, weshalb sie im „Programm“ die Diktatur des Proletariats (und damit die sozialistische Demokratie, in der die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Volksmassen selbst erfolgt), die ja ihrer „Demokratie für alle“ widerspricht, als undemokratisch und totalitär verunglimpfen.

4. Der offene Übergang auf die Positionen des klerikal-militaristischen Staates zeigt sich noch in einer Reihe weiterer Fragen, so in der Haltung zum außerparlamentarischen Kampf, zum Parlamentarismus, zu den demokratischen Rechten und Freiheiten. Es werden z. B. die Grundrechte als „gemeinschaftsbildende Rechte“ bezeichnet, die „den Staat mitbegründen“. Darunter versteht die SPD-Führung offensichtlich, daß die demokratischen Rechte beseitigt werden sollen, wenn sie nicht den Staat „mitbegründen“, daß sie den Menschen verwehrt werden, die die Politik des klerikal-militaristischen Staates nicht mitmachen und dagegen auftreten. Das zeigt sich auch daran, daß der Parteivorstand der SPD mit dem sog. Verfassungsschutz zusammenarbeitet und die eigenen Mitglieder dem Adenauer-Staat ausliefert, wenn sie für die Verständigung der Deutschen eintreten, in die DDR fahren oder Verbindungen zu Mitgliedern des FDGB aufnehmen.

### III

So wie in der Staatsfrage schaltet das gesamte Programm auf den klerikal-militaristischen Kurs. Damit aber beseitigen die rechten Führer trotz aller Beteuerungen selbst mit die Illusionen des dritten Weges. Was sie hier bieten, das ist der Weg des klerikal-militaristischen Staates.

Die Zuspitzung der Widersprüche zwingt sie mehr und mehr, alle Verbrämungen fallenzulassen und ihr Programm als das zu präsentieren, was es ist: nackte bürgerliche Ideologie. Damit aber trägt das Programm dazu bei, die Massen zu desillusionieren. Sie verlieren ihre Illusionen über Demokratie, Freiheit und nationale Selbstbestimmung, je mehr die herrschende Klasse gezwungen ist, ihre Macht aller demokratischen Drapierungen zu entblößen, je mehr die rechten SPD-Führer gezwungen sind, ihre Lierung mit den klerikal-militaristischen Kreisen einzugestehen, und je mehr wir den Massen das bewußt machen. Und in der Tat zeigt die Entwicklung gerade unter den Mitgliedern der SPD nach dem Stuttgarter Parteitag 1958, wie einerseits unter der Wirkung der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Friedenskräfte, des steigenden Einflusses der DDR, des Wachstums der Volkskräfte in Westdeutschland, der fortschreitenden Isolierung des Adenauer-Regimes und seiner Versuche, mit dem Übergang zu faschistischen Herrschaftsmethoden diesen Prozeß aufzuhalten, und andererseits unter dem Eindruck der Entwürfe des Kapitulationsprogramms der SPD-Führung die Erkenntnis über die Gefährlichkeit des klerikal-militaristischen Regimes wächst und die Notwendigkeit des Kampfes um Frieden und Demokratie klar wird.

Die Klassenlinien, die durch die SPD gehen, sind in dieser Zeit immer deutlicher sichtbar geworden: Die Linie der Mitglieder und vieler Funktionäre — Kampf um Frieden und Demokratie; die Linie der rechten Führer — Unterwerfung unter die klerikal-militaristische Herrschaft und damit unter die Kriegspolitik.

Das kam, neben anderen Erscheinungen, besonders stark in den Anträgen zu beiden Entwürfen des Programms aus den örtlichen Organisationen der SPD und auch im Verlaufe des außerordentlichen Parteitags zum Ausdruck. Obwohl gerade in der Staatsfrage der Einfluß der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Ideologie auf die SPD-Mitglieder ziemlich stark ist,

<sup>11</sup> Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 461.

<sup>12</sup> Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 163.

<sup>13</sup> „Die andere Zeitung“ 1959, Nr. 49.